

## Biedenkopf

# Kommt der Bürgerhaushalt?

## Finanzausschuss will prüfen lassen, ob Ideen der Biedenkopfer einließen könnten

**Biedenkopf. Eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung bei der Aufstellung des Haushalts - das will die Fraktion des Bürgerblocks (BB). In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erläuterte Michael Miss den Antrag seiner Fraktion, sich mit der Idee eines "Bürgerhaushaltes" zu befassen. Der solle bereits bei den Haushaltsberatungen 2013 aufgestellt werden.**



Der Bürgerhaushalt würde, so Miss, den Bürgern die direkte Möglichkeit bieten, sich mit Ideen und Vorschlägen auf elektronischem oder schriftlichem Weg zu beteiligen. Die kreativen Ideen könnte man bei der Aufstellung des städtischen Haushaltes einbringen, da bisher die Haushaltsgestaltung "bürgerfern" gestaltet werde. Insbesondere hätten die Bürger dann künftig die Möglichkeit, auch selbst Sparvorschläge zu unterbreiten, warb Michael Miss.

### Höhere Markt-Gebühren sollen 3000 Euro in die Stadtkasse spülen

Auf breite Zustimmung stieß der Antrag bei den Sozialdemokraten. Im Namen der SPD-Fraktion betonte Britta Schlenkrich-Schwarz, dass man von diesem Antrag "begeistert" sei. Gleichwohl gab die Stadtverordnete zu bedenken, dass es einige Punkte gäbe, die einer Prüfung im Vorfeld bedürften.

Deshalb plädierte sie dafür, den Antrag des Bürgerblocks in einen Prüfungsauftrag an den Magistrat umzuwandeln. Dieter Spies (UBL) schloss sich diesem Änderungsantrag an. Der Fraktionssprecher des Bürgerblocks Heinz Olbert sah keine Bedenken, dass sich seine Fraktion dem Wunsch auf Umwandlung zum Prüfauftrag anschließe.

Er betonte jedoch, dass es das Ziel des Bürgerblocks sei, den Antrag jetzt auf den Weg zu bringen. So dass dieser bereits beim Erstellen des Haushaltsplanes 2013 berücksichtigt werde. Auf keinen Fall sollten Kostengründe dabei die oberste Priorität haben. Einstimmig sprachen sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses dafür aus, den Antrag der BB-Fraktion in einen Prüfauftrag an den Magistrat umzuwandeln.

Einigkeit herrschte unter den Parlamentariern bei der Entscheidung für eine Spielapparatesteuer. Wie Bürgermeister Joachim Thiemig (SPD) sagte, wolle man die bestehende Satzung verändern und damit an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes anpassen.

Auf Nachfrage berichtete Fachbereichsleiter Gerold Schneider, dass momentan jährlich etwa 60 000 Euro aus diesem Bereich in die Stadtkasse fließen, bei Inkrafttreten der neuen Satzung vermutlich 75 000 Euro. Der Haupt- und Finanzausschuss sprach sich einstimmig für die geänderte Satzung aus.

Was die neuen Gebühren für den Markt angeht, so erläuterte Thiemig, dass bisher die Höhe der Gebühren für einen Standplatz auf dem Wochen- oder Krammarkt je angefangenem Meter Frontlänge zwei Euro betrage. Die Änderung der Gebührensatzung sehe vor, dass sich diese Gebühren pro angefangenem Meter Frontlänge um einen Euro auf nunmehr drei Euro erhöhen. Hiermit, so Thiemig, ließen sich Mehreinnahmen von rund 3000 Euro pro Jahr erzielen. Einstimmig votierten die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses dafür. Auf Wunsch des Magistrats wurde das Thema "Dorferneuerung" zusätzlich auf die Tagesordnung genommen. Nötig sei dies geworden, weil der Kreis erst vor einigen Tagen darüber informiert habe, dass sich das Dorferneuerungsverfahren in diesem Jahr ändere, wie der Bürgermeister sagte.

Ab sofort würden nun nicht mehr einzelne Stadt- oder Ortsteile für diesen Wettbewerb angemeldet werden können, vielmehr sei die gesamte Kommune in die Dorferneuerung einbezogen. Bei den förderfähigen Projekten würde die Mehrwertsteuer nicht mehr bezuschusst und die Nettosumme mit durchschnittlich 65 Prozent gefördert.

Sofern man sich entschieße, einen Antrag zu stellen, müsse ein Beschluss bis zum 29. Februar gefasst werden.

## Entscheidung über die Gemeinschaft in Sachen Energie vertagt

Die Beschlussvorlage des Magistrats sah vor, auf einen Aufnahmeantrag für 2012 zu verzichten. Dieser Empfehlung wurde mit drei Jastimmen bei vier Enthaltungen entsprochen.

Einstimmig beschloss der Ausschuss, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, den Tagesordnungspunkt "Verbindliche Absichtserklärung zu der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Nutzung von regenerativen Energien im Naturpark Lahn-Dill-Bergland" wegen des noch bestehenden Informationsbedarfs in die nächste Parlamentssitzung zu vertagen. Wie Bürgermeister Joachim Thiemig dazu erläuterte, habe sich der Magistrat gegen eine solche verbindliche Absichtserklärung ausgesprochen, dass damit auch Entscheidungskompetenzen abgegeben würden. Die Aufgabe einer solchen regenerativen Nutzung von Energien obliege laut einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung den Stadtwerken.

Schließlich beschäftigte sich das Gremium mit dem Antrag des Bürgerblocks zur Einführung von "e-Government", also der Möglichkeit, Behördengänge per Internet zu erledigen. Hierzu teilte der Bürgermeister mit, dass man schon heute auf der Homepage der Stadt fast alle Formulare herunterladen und somit nutzen könne.

Im Falle der elektronischen Unterschrift müssten die Kosten und die Umsetzungsmöglichkeiten geprüft werden. Der Magistrat wurde vom Ausschuss mit der Aufstellung eines Konzeptes beauftragt, das bei einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden soll.

### Dokumenten Information

Copyright © mittelhessen.de 2012

Dokument erstellt am 15.02.2012 um 18:08:08 Uhr

---

### Kommentare (0)

URL: [http://www.mittelhessen.de/lokales/region\\_hinterland\\_marburg/biedenkopf/?em\\_cnt=687086&em\\_loc=228](http://www.mittelhessen.de/lokales/region_hinterland_marburg/biedenkopf/?em_cnt=687086&em_loc=228)